

# ST. VITHER ZEITUNG

Die St. Vither Zeitung erscheint dreimal wöchentlich und zwar dienstags, donnerstags und samstags mit den Beilagen „Sport und Spiel“, „Frau und Familie“ und „Der praktische Landwirt“

TELEFON

Nr. 28193

Druck und Verlag: M. Doeppen-Beretz, St. Vith, Hauptstraße 58 und Malmedyer Straße 19 / Handelsregister Verviers 29259 Postscheck-Konto Nummer 58995 / Einzelnummer 2 Francs



Nummer 38

St. Vith, Dienstag, den 3. April 1962

8. Jahrgang

## Fürst Rainier für eine Lösung der monegassisch-französischen Krise

PARIS. „Monaco ist völlig auf Frankreich eingestellt“, erklärte Fürst Rainier III. der Pariser Abendzeitung „Le Monde“, die hinzufügte: „Der Fürst hofft, daß bis zum Herbst die französisch-monegassische Krise beigelegt ist.“

In diesem Interview betonte der Fürst daß die zwischen Monaco und Frankreich bestehenden Bande weit über wirtschaftliche und finanzielle Interessen hinausgehen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Spannung schob er dem ehemaligen Staatsminister Pelletier zu, „der für die französischen und die monegassischen Interessen schlechte Arbeit geleistet hat.“

Der Fürst äußerte den Wunsch, mit den französischen Wünschen entgegenzukommen.

Dagegen werde Monaco das französische Steuersystem niemals annehmen, da dieses Privileg eng mit der monegassischen Unabhängigkeit verknüpft sei, würde seine Aufgabe das Verschwinden des Fürstentums bedeuten.

## Die Lage in Argentinien

In einem Kommuniqué, das die Chefs der argentinischen Streitkräfte veröffentlichten heißt es u. a.

Mit der Uebernahme der Präsidentschaft durch Guido, die in Uebereinstimmung mit der Verfassung erfolgte, ist man im Begriff, die Krise zu regeln: „Die Streitkräfte, die vor allem den Wunsch haben, die Kontinuität der Verfassung und den Respekt des Gesetzes zu sichern, hoffen, schnell die Wiederherstellung des inneren Friedens ermöglichen wird, dessen die Nation so sehr bald bedarf.“

Infolge der Absetzung von Präsident Frondizi haben die argentinischen Botschafter bei der UNO, in den Vereinigten Staaten, in Bolivien, in Kanada und in Großbritannien ihren Rücktritt eingereicht. Der argentinische Botschafter in London, befindet sich zur Zeit in Buenos Aires, wohin er Fürst Philip von Edinburg begleitet hatte.

Auf Ersuchen des argentinischen Vertreters ist die dritte Jahreskonferenz der Gouverneure der interamerikanischen Bank für Entwicklung, die vom 5. bis 11. April in Buenos Aires stattfinden sollte, vertagt worden. Die Vertagung erfolgt wegen der gegenwärtigen Ereignisse in Argentinien.

## KIMBA:

## Katanga wird die Verhandlungen nicht abbrechen

### Entschlossen, mit Adoula zur Einigung zu gelangen

ELISABETHVILLE. „Wir werden nie die Initiative ergreifen, die Verhandlungen mit Leopoldville abzubrechen“, erklärte der katangesische Außenministerpräsident Tschombe sei im Gegenteil entschlossen, alles zu tun, um zu einer Einigung mit dem kongolesischen Regierungschef Adoula zu gelangen.

Kimba fuhr fort: „Wir sind bereit im Hinblick auf eine allgemeine Wiedervereinigung alle Gegner der katangesischen Regierung mit offenen Armen zu empfangen. Sie mögen nur zu einer Sitzung der ordnungsgemäß einberufenen katangesischen Versammlung erscheinen. Für ihren Führer, den stellvertretenden kongolesischen Ministerpräsidenten Janson Sendwe, ist der Zeitpunkt jedoch nicht gekommen sich nach Elisabethville ohne unsere Zustimmung würde erste Unruhen hervorrufen und die Gefahr heraufbeschwören, den glücklichen Ausgang der Besprechungen zwischen Tschombe und Adoula in Frage zu stellen.“

Sollten Sendwe und Tschombe jedoch in Leopoldville zusammenkommen und sich aussöhnen, so stünde nichts im Wege, daß sie gemeinsam nach Elisabethville kämen.

Anschließend erklärte Kimba, die

kongolesische Nationalarmee habe wesentliche Verstärkungen in Albertville und Kabalo erhalten.

Möglicherweise würden die Vereinten Nationen in dem Fall, daß die Besprechungen zwischen Tschombe und Adoula scheiterten, zu einer dritten Runde gegen Katanga antreten. Der Beschluß einen neuen Krieg zu entfesseln, müßte jedoch in New York gefaßt werden. Die Vertreter und die Soldaten der UNO in Katanga wünschten keineswegs eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

## Rauhe Sitten

ELISABETHVILLE. Ein Autobus, der Studenten nach der Universität von Elisabethville verbringen sollte, wurde früh an der Einfahrt zur Stadt von indischen UNO-Soldaten angehalten, weil der Autobus jedoch einen Pfosten der Sperre gestreift hatte, zwang ein indischer Beobachter der UNO den Fahrer auszusteigen, worauf dieser von den Soldaten jämmerlich verprügelt wurde.

Nach diesem Zwischenfall veranstalteten Studenten eine Protestkundgebung gegen die UNO, die schließlich ohne weitere Zwischenfälle verlief.

## Fullbright: Keine Gipfelkonferenz

WASHINGTON. Der demokratische Senator William Fullbright, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, erklärte: „Ich sehe bisher nichts, was die Einberufung einer Gipfelkonferenz rechtfertigen könnte.“

Der Senator gab diese Erklärung ab, nachdem Staatssekretär Dean Rusk vor dem Ausschuß Ausführungen über die Genfer Abrüstungskonferenz sowie über das Berlinproblem gemacht hatte.

Was das Berlinproblem betrifft, so wies Senator Fullbright darauf hin, daß es zwar zu keinem Einvernehmen gekommen sei, daß aber trotzdem vereinbart wurde, die Besprechungen auf Ministerebene fortzusetzen. Aus den in Genf geführten Besprechungen gehe hervor, so betonte er, daß die Lage in Berlin nicht kritisch sei und daß keine Kraftprobe bevorstehe.

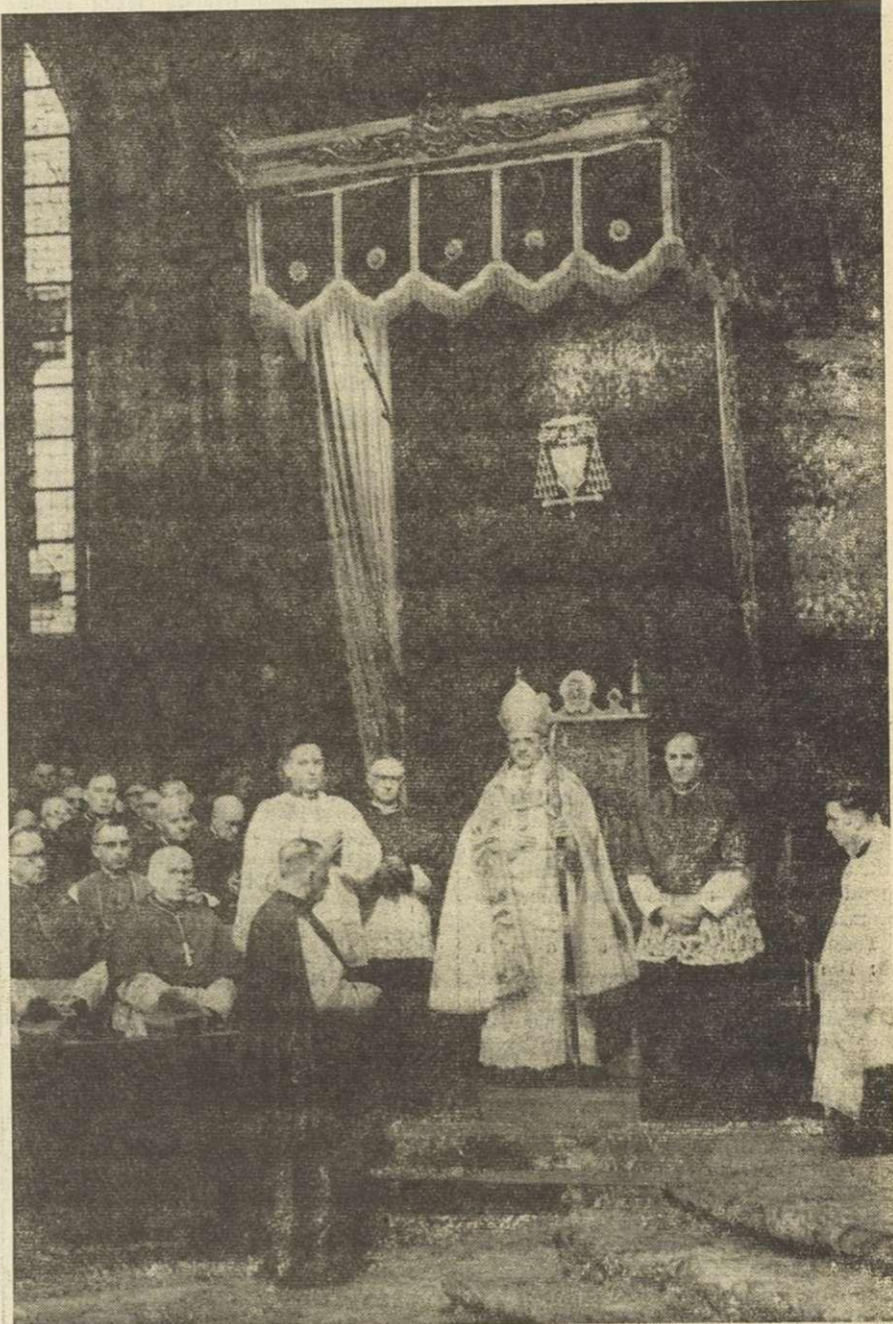
Bezüglich des Abrüstungsproblems erklärte Fullbright, es seien keine

wirklichen Fortschritte erzielt worden aber die Besprechungen über die Einstellung der Atomexperimente hätten ermöglicht, zu „einer besseren Kenntnis der Standpunkte“ zu gelangen. Dean Rusk sei aus Genf „weder pessimistisch noch optimistisch“ zurückgekommen.

## Sitzung des Europaparlaments beendet

STRASSBURG. Das Europa-Parlament beendete nach einstimmiger Annahme von Maßnahmen zur Durchführung des Vertrages von Rom hinsichtlich der Koordinierung der Agrarpolitik, des freien Arbeitsrechtes in den Ländern der Gemeinschaft seine diesjährige Märztagung.

Im Rahmen der Agrar-Debatte verwies der Kommissionsberichtersteller Vredeling (Holland) auf die vom Rat der Minister am 14. Januar in Brüssel getroffe-



S.E. Erzbischof Suenens feierlich inthronisiert

S.E. Kardinal Suenens, Erzbischof von Mecheln-Brüssel und Primus von Belgien wurde am Samstag nachmittag in der St. Michelskathedrale in Brüssel feierlich inthronisiert. Der Feier wohnten auch König Baudouin und Königin Fabiola bei.

nen Entscheidungen und unterstrich dabei die Wechselbeziehungen zwischen der Marktpolitik und der Preispolitik, während die deutsche Abgeordnete Käthe Stobel die Notwendigkeit betonte, rationale landwirtschaftliche Betriebe zu schaffen und zum optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren zu kommen, da die Landwirtschaft gesunden müsse.

## de Gaulle wird mit Fanfani zusammentreffen

PARIS. General de Gaulle wird diese Woche (wahrscheinlich Mittwoch) mit dem italienischen Regierungschef, Fanfani, in einer italienischen Ortschaft in der Nähe von Vintimille zusammentreffen.

Die offizielle Mitteilung der bevorstehenden Begegnung soll heute durch zwei Kommuniqués bekanntgegeben werden, die in Paris und Rom veröffentlicht werden.

Die Begegnung zwischen den beiden Staatsmännern wird – wie die Begegnung de Gaulle-Adenauer – nur einen Tag dauern.

de Gaulle und Fanfani werden Probleme im Zusammenhang mit der europäischen Einigung unter zwei Augen erörtern.

## Nach dem Staatsstreich in Syrien

### Gestürzte Machthaber werden vor ein Volksgericht gestellt

DAMASKUS. „Die syrische Armee hat keineswegs die Absicht, die Macht zu ergreifen, und ich kann sagen, daß sie geeigneter ist denn je“, erklärte der Oberbefehlshaber der syrischen Streitkräfte, General Zabreddin, in einem Interview, das er der Zeitschrift „Al Jundi“ (Der Soldat) gewährte.

Die revolutionäre Bewegung vom 28. März, die eine Verlängerung der Revolution vom 28. September 1961 ist, erklärte er weiter, „ist von der Armee durchgeführt worden, weil die Chefs des früheren Regimes

sich als unfähig erwiesen haben, den ihnen übertragenen Auftrag durchzuführen. Wir werfen ihnen vor, nicht in der Lage gewesen zu sein zu sein sich den verhängnisvollen Elementen entgegenzustellen, die sich gegen die revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und Bauern wandten“.

Die Verantwortlichen des gestürzten Regimes werden vor ein Volksgericht gestellt, kündigte der Oberkommandierende der syrischen Streitkräfte in einer in Damaskus abgehaltenen Pressekonferenz an. General Zahreddi gab außerdem bekannt, daß

Kommissionen eingesetzt würden, die im Lichte der Prinzipien des arabischen Sozialismus und einer gelenkten Wirtschaft alle Wirtschaftsmaßnahmen prüfen werden, die vom gestürzten Regime getroffen wurden.

Der Oberkommandierende erklärte sich zugunsten eines inter-arabischen Kongresses, wie er im syrisch-irakischen Kommuniqué vorgesehen ist, unter der Bedingung, daß die Interessen aller befreiten arabischen Länder gewahrt würden.

Sämtliche Grenzposten und Flugplätze der syrischen arabischen Republik sind wieder geöffnet, heißt es in einem vom Oberkommando der syrischen Streitkräfte veröffentlichten Kommuniqué.













